: Konferenz Bericht

Bonn Symposium 2015

sef:

ENGAGEMENT GLOBAL
Service für Entwicklungsinitiativen

Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung lokal umsetzen

Strategien und Instrumente

Sabine Gerhardt

Im September 2015 hat die UN-Generalversammlung im Rahmen der sogenannten 2030-Agenda globale Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Diese folgen auf die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) und berücksichtigen gleichzeitig auch die Ergebnisse der UN-Konferenz zu Nachhaltiger Entwicklung von 2012 (Rio+20-Konferenz). Entsprechend umfasst die neue 2030-Agenda damit erstmals alle Aspekte nachhaltiger Entwicklung – also ihre ökologische, ökonomische und soziale Dimension – und gilt für Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländer gleichermaßen. Damit stellt sich für alle Staaten rund um den Globus die Frage nach der Umsetzung des neuen Zielkatalogs. Über den Erfolg der SDGs wird vor allem in den Städten und Gemeinden entschieden, wo die Menschen leben und arbeiten. Welche Chancen und Herausforderungen dies für die lokale Ebene bedeutet und welche Unterstützung Nachhaltigkeitsstrategien dabei leisten können, war Gegenstand des Bonn Symposiums 2015 vom 17. bis 18. November in der Deutschen Welle

Bonn Symposium 2015: Claudia Roth

„Die Weltgesellschaft befindet sich in einem krisenhaften Zustand“, begann Claudia Roth, Vizepräsidentin des deutschen Bundestages, ihre Eröffnungsrede unter dem Eindruck der Terroranschläge von Paris wenige Tage zuvor. Gewaltsam ausgetragene Konflikte, der voranschreitende Klimawandel, die zunehmende soziale Ungleichheit und, daraus resultierend, immer neue Flüchtlingsströme verlangten nach Lösungen und Übernahme von Verantwortung – auch und gerade durch Industrieländer wie Deutschland. Anders als die MDGs seien die SDGs „keine abstrakte Größe und nicht nur etwas für die vermeintlichen Entwicklungsländer“, sondern nähmen uns alle in die Pflicht vor Ort etwas zu ändern. Unser Fleischkonsum, unsere Wegwerfmentalität, unsere Subventionspolitik für fossile Brennstoffe – all dies mache Deutschland selbst zu einem Entwicklungsland in Sachen Nachhaltigkeit. Sie sei sehr froh, so Roth, dass der Entwicklungsminister und die Umweltministerin dies auch öffentlich sagten. Gleichzeitig habe sie aber nicht den Eindruck, dass das in der gesamten Regierung angekommen sei. Handels-, Finanz- oder Fischereipolitik würden leider oft konträr zu eigenem Nachhaltigkeitsstreben stehen. Die fehlende Entschlossenheit der Bundesregierung, sich auf dem Finanzierungsgipfel in Addis Abeba im Frühjahr 2015 für eine globale Steuerbe-

hörde einzusetzen, habe dies erneut bewiesen. Die ausbleibenden Erfolge dieses Gipfels waren auch für den zweiten Keynote-Redner Grund zur Sorge. Für Kgosientso Ramokgopa, Regierender Bürgermeister von Tshwane, einer Metropolgemeinde in Südafrika mit knapp 3 Millionen Einwohnern, stehen die Industrieländer nach dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung (*common but differenciated responsibility*, CBDR) eindeutig in der Pflicht, einen Großteil der Finanzen für die Implementierung der SDGs bereit zu stellen. Neben der Finanzierungsfrage forderte auch er den globalen Norden auf, seine Konsummuster zu überdenken. So könne auch ein Wandel zu nachhaltiger Produktion in den Entwicklungsländern begünstigt werden.

Raus aus dem Elfenbeinturm

Nach diesen einleitenden Gedanken zur 2030-Agenda gingen beide Keynote-Redner schließlich gesondert auf die hervorgehobene Rolle der lokalen Ebene ein. So müssten sich nicht nur die Ministerien und Parlamente auf Bundesebene, sondern auch die Länder für mehr Nachhaltigkeit engagieren, forderte Claudia Roth. Deren Politik, wie auch die der Kommunen, müsse künftig besser mit der Bundespolitik verzahnt werden. Dabei könne ein nationaler Umsetzungsplan hilfreich sein. Dieser dürfe jedoch nicht in technischen Details verharren. Für den Erfolg der SDGs sei vielmehr eine stärkere Politisierung notwendig. „Die Nachhaltigkeitsdebatte muss raus aus dem Elfenbeinturm“, forderte die Bundestagsvizepräsidentin. Die politisch Verantwortlichen müssten dabei vorangehen und das Thema oben auf die Agenda setzen. Ohne wirkliche *Leadership* sei Nachhaltigkeit nicht realisierbar, stellte auch der ghanaische Parlamentsabgeordnete Nana Ato Arthur fest und erhielt dafür viel Zuspruch. Dabei sei es hilfreich, wenn die zuständigen Stellen in der Verwaltung direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt seien, so Mercedes Mathebula, Nachhaltigkeitsbeauftragte der Stadt Tshwane.

Bonn Symposium 2015: Renate Hendricks und MdL Dr. Marc Jan Eumann

Leider sei Politik oftmals auf das Tagesgeschäft fokussiert, beklagten mehrere Teilnehmende. In einem föderalen Staat wie Deutschland stünden außerdem regelmäßig Wahlen an, was ad-hoc Lösungen begünstige. Dass dies in anderen Regionen der Welt nicht anders sei, wussten jedoch auch viele afrikanische Referenten zu berichten. Akute Probleme erforderten sofortige Lösungen, diese dürften aber nicht der eigenen Nachhaltigkeitspolitik zuwiderlaufen, sondern müssten sich in diese einfügen. Angesichts großer Herausforderungen wie der derzeitigen Flüchtlingskrise sei dies kein leichtes Unterfangen, berichte etwa Felicitas Kubala, Bürgermeisterin der Stadt Mannheim, aus ihrem politischen Alltag. So seien etwa faire Beschaffung und der dringende Bedarf nach neuem Wohnraum nicht immer in Einklang zu bringen.

Die Flüchtlingsfrage zeige auch die Notwendigkeit Nachhaltigkeit breiter zu denken und nicht z.B. auf Umweltaspekte zu fokussieren, wie in der Vergangenheit oft geschehen. Dr. Gerd Landsberg, Präsident des deutschen Städte- und Gemeindebundes, betonte, dass eine gelungene Integration durch eine stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte in der Nachhaltigkeitspolitik unterstützt werden müsse. Dass und wie dies auf Länder- und Bundesebene bereits geschieht, erläuterten Dr. Marc Pahl für das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) und Monika Frieling für das Bundeskanzleramt.

Nachhaltigkeitsstrategien im Fokus

Die meisten deutschen Bundesländer verfügen bereits über eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie oder entwickeln diese gerade. Zu letzterer Gruppe zählt auch Nordrhein-Westfalen, dessen Landesregierung Ende September 2015 den „Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie für NRW“ verabschiedet hat. Neben Themen des Klima- und Umweltschutzes wird in der Strategie auch großer Wert auf „sozialen Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe“ gelegt, berichte Pahl, dem die Koordinationsfunktion für das Projekt obliegt. Der Prozess in NRW verlief in etwa zeitgleich mit den Aushandlungsprozessen der SDGs auf globaler Ebene. Obschon nicht an der 2030-Agenda ausgerichtet, könne man heute aber grundsätzlich feststellen, dass es „eine inhaltliche Überschneidung der Themen von etwa 95%“ gebe. Zahlreiche unterschiedliche Interessensgruppen seien befragt worden, um „möglichst viel *ownership*“ für die Strategie zu erreichen. Jetzt laufe zudem noch eine Online-Konsultation, die viel Zustimmung, aber auch Nachbesserungsbedarf aufzeige, etwa im Bereich der Elektromobilität. Eine große Herausforderung stelle dabei weniger die Entwicklung der Indikatoren dar, sondern vielmehr konkret festzulegen, welche Ziele- und Teilziele bis 2030 erreicht sein sollen. Während dies in den Bereichen Klima und Umwelt sehr gut gehe, sei es bei Indikatoren wie der Einkommensparität „politisch schon eher heikel“.

Auch dazu, wie mit diesen Fragen auf Bundesebene umgegangen wird, gab es ausführliche Informationen. Anders als in Nordrhein-Westfalen wird sich die Fortschreibung der bundesdeutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 konkret an der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung ausrichten, erläuterte Monika Frieling vom Bundeskanzleramt, dem die Federführung für diesen Prozess obliegt. Die 17 Ziele seien strukturgebend für die überarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie, und auch deren internationale

Bonn Symposium 2015: Priscilla Arhin und Gilbert Nuuri-Teg

Dimension werde gestärkt. Dafür hatte sich auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) in seiner Empfehlung ausgesprochen. Laut Ratsmitglied Imme Scholz sei es dem RNE wichtig, den lange vorherrschenden Fokus auf die Binnenpolitik besser mit internationalen Verpflichtungen und Vereinbarungen zu verknüpfen. Die Bundesregierung solle damit auch ihrer oft zugesprochenen Vorreiterrolle bei der internationalen Aushandlung der 2030-Agenda gerecht werden. Dafür müsse man neben den an den Verhandlungen federführend beteiligten Ministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie Umwelt (BMU) nun auch die anderen Ressorts gewinnen – eine Aufgabe, die jetzt entschieden angegangen werden müsse, so Scholz. Der RNE habe sich außerdem für eine stärkere Rolle des Parlaments und seiner Ausschüsse ausgesprochen, etwa indem die Berichtspflicht der Bundesregierung von bisher vier auf nunmehr zwei Jahre verkürzt werden solle. Sowohl Scholz als auch Frieling wiesen auf die Notwendigkeit hin, einigen der Ziele Priorität einzuräumen – auch wenn dies „eine Gratwanderung“ sei. Für Imme Scholz sind Energiepolitik, Klimapolitik und die Förderung nachhaltiger Konsummuster in besonderer Weise geeignet, Wirkung nach innen und außen zu entfalten, und daher besonders unterstützenswert. Ebenso wie Pahl und Landsberg sprach sie sich auch für eine stärkere Berücksichtigung sozialer Aspekte von Nachhaltigkeit aus, die bislang in der deutschen Nachhaltigkeitspolitik zu wenig bedacht worden seien. Dabei sei es hilfreich, dass sich auch Stakeholder wie der Paritätische Wohlfahrtsverband mit ihren Forderungen explizit auf die SDGs beziehen würden.

Wichtig sei es zudem, auch jenseits der UN-Ebene die vertikale Integration stärker als bislang voranzutreiben. Wichtige Bezugspunkte seien dabei u.a. die EU–Nachhaltigkeitsstrategie auf der übergeordneten- und die Nachhaltigkeitsstrategien der Länder sowie Lokale Strategien/Agenda 21 auf den untergeordneten Ebenen. Erstmals sei auch auf Bundesebene ein breit angelegter Partizipationsprozess geschaffen worden, zu dem Frieling die Teilnehmenden des Bonn Symposiums besonders einlud, da viele von ihnen schon lange auf lokaler Ebene tätig sind: „Der Zusammenhang zwischen der Lösung der globalen Herausforderungen der Menschheit und praktischer Kommunalpolitik ist in sehr vielen Kommunen schon Teil ihrer DNA“, hatte auch Staatssekretär Marc Jan Eumann in seinem Grußwort festgestellt. Für die UN-Stadt Bonn gilt dies in besonderem Maße, erklärte Rüdiger Wagner, Beigeordneter für Umwelt, Gesundheit und Recht der Stadt, anhand von zahlreichen Praxisbeispielen.

Urbanisierung, Habitat III und Städtenetzwerke

Dass dies nicht nur in Deutschland der Fall ist, wusste auch Ramokgopa aus Südafrika zu berichten. Vor allem die stetig ansteigende Urbanisierung in weiten Teilen des Kontinents stelle Kommunen immer wieder vor neue Herausforderungen. Aus diesem Grund hätten sich 22 afrikanische Städte dieses Jahr zum *African Capital Cities Sustainability Forum* zusammengeschlossen, in dessen Rahmen die nachhaltige Entwicklung vorangetrieben werden soll. Wie die SDGs in Städten verwirklicht werden können, wird auch im Rahmen der Habitat III Konferenz 2016 in Ecuador diskutiert werden. Informationen dazu gab es im Rahmen des Bonn Symposiums von Priscilla Arhin, Bürgermeisterin der ghanaischen Stadt Cape Coast, sowie Franz-Birger Marré, Referatsleiter für Wasser, Stadtentwicklung und Transport beim BMZ. Die Bundesregierung habe vor allem drei Kernanliegen für die *New Urban Agenda*: Erstens sollten Städte offiziell als Entwicklungsakteure anerkannt und befähigt werden, zweitens gelte es, diese lebenswerter zu gestalten und drittens integrierte Lösungsmodelle statt Einzelprojekte voranzutreiben.

Austauschen können sich Städte und Kommunen jenseits von UN-Großkonferenzen über ganz unterschiedliche Vereinigungen, Foren und Netzwerke. Eines der bekanntesten internationalen Beispiele ist ICLEI – *Local Governments for Sustainability*, das auf dem Bonn Symposium durch die stellvertretende Generalsekretärin Monika Zimmermann repräsentiert wurde und über einen großen Erfah-

rungsschatz in nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene verfügt. Zimmermann rief die Städtevertreter auf, sich auf Basis des konkreten Bedarfs vor Ort, der vorhandenen Mittel und der anstehenden Herausforderungen zu überlegen, wie genau sie sich strategisch weiterentwickeln wollen. Nicht jeder könne in allen Bereichen zu den Vorreitern zählen, keine Kommune alle 17 SDGs umsetzen – auch diese Einsicht sei notwendig. Um die Bevölkerung zu begeistern sei es wichtig, deren Sprache zu sprechen, ergänzte Ramokgopa. Wie bei der Erstellung der Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland setze man auch in Südafrika auf breit angelegte Konsul-

Bonn Symposium 2015: Hon. Dr. Nana Ato Arthur, Patrick Leusch (Moderation), Dr. Gerd Landsberg und Felicitas Kubala (v.l.n.r)

tations- und Dialogprozesse mit der Bevölkerung. Albrecht W. Hoffmann, Leiter der Ideenschmiede für Nachhaltigkeit in Bonn, hatte das in einer der Kleingruppen mit dem Zitat „Wenn die Welt komplexer wird, müssen mehr Köpfe denken“ ebenfalls auf den Punkt gebracht. Das Hervorheben konkreter Vorteile einzelner Initiativen könne die *ownership* für solche Prozesse zusätzlich stärken: Im Bereich nachhaltiger Mobilität könne beispielsweise ein verbessertes öffentliches Nahverkehrskonzept das Klima und gleichzeitig die Nerven der an Stau gewöhnten Großstädter schonen. Auch Preisverleihungen für besonders engagierte Kommunen könnten für ein breites *Commitment* sorgen, ergänzte Habraham Shamumoyo, der Generalsekretär des tansanischen Städtebundes (*Association of Local Authority in Tanzania*, ALAT). Gleichzeitig warnte er davor, der lokalen Ebene Verantwortung für die Umsetzung der SDGs zu übertragen, ohne gleichzeitig neue Mittel zur Verfügung zu stellen. Damit blieb er während der zweitätigen Diskussionen nicht alleine.

Die Rolle der Wirtschaft

Für Felicitas Kubala, Bürgermeisterin der Stadt Mannheim, versteht sich das von alleine: „Aushandlungsprozesse über Ressourcen gehören nicht nur beim Thema Nachhaltigkeit zum politischen Geschäft.“ Allein aus öffentlichen Mitteln werden die SDGs jedoch nicht umzusetzen sein. Deshalb sprach sich ein Großteil der Teilnehmenden während des Bonn Symposiums für eine stärkere Einbeziehung der Privatwirtschaft aus. In seiner Keynote hatte Ramokgopa sich bereits für mehr und neue Systeme der Mischfinanzierung von öffentlichen und privaten Geldern ausgesprochen. Unternehmen müssen aber nicht nur finanziell einen Beitrag leisten, sondern sollten im Bereich Nachhaltigkeit zudem mit gutem Beispiel vorangehen. So berichtete Rüdiger Wagner, dass die Hotellerie in Bonn eigene Nachhaltigkeitskriterien entwickele und Unternehmen aus anderen Branchen an Projekten zu energiesparendem und umweltfreundlichem Wirtschaften beteiligt seien. Nachhaltigkeit könne auch Anreiz und gleichzeitig eine Kapitalanlage für Unternehmen sein: Statt in der Flüchtlingsfrage günstige Container aus der Ukraine zu kaufen, könnten vor Ort gefertigte Holzhäuser zum Einsatz kommen, hatte Dr. Gerd Landsberg aus der Praxis berichtet. Er rief gleichzeitig dazu auf, positiver zu denken: „Deutsch zu sein, heißt in jeder Chance auch eine Krise zu sehen“, merkte er mit einem Augenzwinkern an.

Doch auch wenn immer mehr Unternehmen mit gutem Beispiel vorangehen und Bund, Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft sich der Nachhaltigkeit verschreiben – eine Mehrheit der Teilnehmenden zeigte sich davon überzeugt, dass es auch künftig nicht ganz ohne Verbindlichkeit gehen werde: „Das Thema ist zu wichtig um freiwillig zu sein“, schloss etwa Oliver Pahl seinen Input, „es geht um unsere Zukunftsfähigkeit“.

SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Im Auftrag des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mit Unterstützung von Deutsche Welle

SDSN Germany

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Gefördert durch Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Impressum

Die Stiftung Entwicklung und Frieden wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : www.sef-bonn.org

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2012

Redaktion
Dr. Michèle Roth
Rebekka Hannes

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.